

Das Wort zum Aschermittwoch

Egon W. Kreutzer, 1. März 2017

www.egon-w-kreutzer.de

Deutschland

Die nächsten 12 Monate

Betrachtet man die deutschen Entwicklungsmöglichkeiten nüchtern genug, so wird schnell erkennbar, dass aus eigener Kraft fast gar nichts mehr geht.

Deutschland ist heute voll und ganz davon abhängig, was von anderen Regierungen und von den Wirtschaftslenkern anderer Volkswirtschaften beschlossen werden wird.

Mit einer knappen und durchaus plakativ-populistischen Erläuterung dieser Behauptung will ich diesen Aufsatz beginnen:

Wirtschaftlich ist Deutschland zwar ein Riese, doch dieser steht auf den tönernen Füßen des Exports, während der Export auf dem nicht minder instabilen Fundament der europäischen Gemeinschaftswährung gegründet ist.

Außenpolitisch versucht Deutschland zwar überall ein Wort mitzureden, wird auch angehört, aber nur selten ist Deutschland in der Situation, genug Druck aufzubauen, um tatsächlich eine Wirkung zu entfalten.

Militärisch ist Deutschland weder stark genug, sich selbst zu verteidigen, noch stark genug, um im Alleingang irgendwo zu intervenieren.

Innenpolitisch dümpelt Deutschland im Brackwasser des Parteienkartells und ist nicht fähig, die existierenden Probleme an der Wurzel zu packen. So bleibt stets nur ein zögerliches Kurieren an den Symptomen übrig.

Insgesamt und über alle Politikfelder hinweg ist vom Wirken eines zielgerichteten Gestaltungswillens nichts zu erkennen. Man laviert sich so durch, man versucht, Chancen zu ergreifen und Risiken auszuweichen, doch weil ein Masterplan fehlt, kommt man in beiden Fällen meist zu spät.

Was also werden die nächsten 12 Monate für Deutschland bringen?

Es gibt eine Rangreihe der Einflussfaktoren auf die Entwicklung Deutschlands. Der wichtigste Einflussfaktor ist nach wie vor das Verhalten der USA, das sich in praktisch jeder Beziehung direkt und auch indirekt auf Deutschland auswirkt. Kein anderer Einfluss ist stark genug, um den von den USA gesetzten Rahmen wesentlich zu verschieben.

Der Einfluss der USA

Ich gehe davon aus, dass Donald Trump die nächsten 12 Monate Präsident der USA sein wird, und, für den Fall, dass dies nicht eintrifft, dass sein Nachfolger wieder ein Republikaner sein wird, der ähnliche Schwerpunkte setzt.

Donald Trumps Motto „America first“ hat für Deutschland auf mehreren Politikfeldern erhebliche Auswirkungen.

Meist und vorrangig diskutiert wurden bisher die Folgen einer möglichen Wiederbelebung der Industrie der USA, mit dem Ziel, das Außenhandelsdefizit und die Arbeitslosigkeit zu senken. In Verbindung damit stehen massive Infrastrukturprogramme, von denen der Bau der Mauer an der Grenze zu Mexiko nur ein Arbeitsbeschaffungs-Projekt von vielen ist.

Große Unsicherheit herrscht noch in Bezug auf das Verhalten der USA im Rahmen der NATO, die nach meiner Einschätzung so umgebaut werden wird, dass die Kommandostrukturen zwar weiter in den USA zusammenlaufen, dass das „operative Geschäft“, die Einsatztruppen und deren Finanzierung, jedoch hauptsächlich von jenen Mitgliedsstaaten gestellt werden sollen, die nach Auffassung der USA das größte Interesse am jeweiligen Einsatz haben sollten.

Kaum diskutiert wurden bisher die innenpolitischen Absichten Trumps, die bei der Rückabwicklung von Obamacare beginnen, aber auch die Rückabwicklung von „Freiheitsgraden“ betreffen werden. Stichworte sind hier der „schlanke Staat“, aber auch die Abtreibungsregelungen, die Abkehr vom Gender-Mainstreaming, und – nicht zu vergessen – die Auseinandersetzung mit der Presse, die auf die eine oder andere Weise in einer Neudefinition der Pressefreiheit münden dürfte.

Die neue Marschrichtung der USA hat massive Folgen für die in Deutschland produzierende Exportwirtschaft. Mit rund 120 Milliarden Euro entfallen etwa 10 Prozent aller deutschen Exporte auf die USA. Nur die Hälfte davon kommt in Form von Importen aus den USA zurück.

Hohe Einfuhrzölle auf Automobile und Produkte des Maschinenbaus, bei gleichzeitiger gezielter Dollar-Abwertung, können sehr schnell Wirkung zeigen. Mit sehr schnell meine ich dabei, dass innerhalb der 12 Monate dieses Prognose-Zeitraums, die monatlichen deutschen Exporte in Richtung USA unter den Wert der Importe aus den USA gedrückt werden könnten. Die von Trump erwünschte Reaktion, nämlich die Errichtung von Produktionsstätten in den USA, hilft zwar dem Kapital, Umsätze und Renditen zu sichern, verstärkt aber nur die Auswirkungen auf (den Standort) Deutschland.

Macht Trump Ernst, könnten innerhalb von nur 12 Monaten bis zu 1 Million Arbeitsplätze in Deutschland nicht mehr wirtschaftlich ausgelastet werden können, wobei dieser Trend in den Folgejahren anhalten wird und letztlich bis zu 2 Millionen Arbeitsplätze kosten kann. Damit verbunden sind spürbare Rückgänge der Steuer- und Beitragseinnahmen, bei wachsendem Aufwand für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Schwere Zeiten für einen Finanzminister, dessen Seelenheil von einem ausgeglichenen Haushalt abhängt.

Dieses Menetekel steht in Flammenschrift an der deutschen Wand!

Unglücklicherweise hat Deutschland nichts in der Hand, um diese Politik abwenden zu können, und dummerweise haben die politisch Verantwortlichen hierzulande jede Chance vertan, sich mit der neuen US-Administration anzufreunden. Im Gegenteil: Obwohl Trump ein Pragmatiker ist, wird er sich in vielen Situationen – ohne Schaden für die USA in Kauf nehmen zu müssen – daran erinnern, dass er persönlich von den Berlinern höchst unfreundlich behandelt worden ist, und von daher keinen Grund sehen, besonderes Entgegenkommen zu zeigen.

Die Forderung, die NATO-Länder müssten sich in der verabredeten Weise (2% vom BIP) an den Militärausgaben des Bündnisses beteiligen, wird sich nicht – wie Ursula von der Leyen es jetzt versucht – damit erfüllen lassen, dass die Mitgliedsstaaten emsig ihre Arsenale erneuern und ausbauen. Es wird darauf hinauslaufen, dass sich die USA darüber hinaus die Kosten sämtlicher Einsätze anteilig bezahlen lassen und dass auch die Stationierungskosten der meisten US-Militärbasen auf die NATO-Mitglieder umgelegt werden. Wer das nicht leisten kann oder will, wird erleben, dass es – noch bevor es in der EU soweit

kommt – eine NATO der zwei Geschwindigkeiten, bzw. mit zwei unterschiedlich ausgestalteten Beistandsverabredungen geben wird. Vollzahler haben die Vollzusage, Teilzahler werden nur so weit unter dem Schutzschirm Platz nehmen, wie es den jeweils aktuellen Interessen und Ressourcen der USA entspricht.

Natürlich wird Deutschland vorne mit dabei sein wollen und sich unter die Vollzahler einreihen. Entsprechende Entscheidungen werden im Laufe der nächsten 12 Monate getroffen werden, die beabsichtigte Aufstockung des Personals der Bundeswehr passt dazu sehr gut. Könnte ja sein, dass Deutschland auf den Zug aufspringen und sich die eigenen Auslandseinsätze auch von anderen NATO-Mitgliedern bezahlen lassen will.

Doch auch das kostet erst einmal viel Geld, das den Etat des Finanzministers bei sinkenden Einnahmen zusätzlich belastet.

Die innenpolitischen Weichenstellungen Trumps werden mit größerer Verzögerung in Deutschland ankommen. Das heißt erst dann, wenn die US-Medien gezähmt sind und in Literatur und Spielfilmen die neuen Leitgedanken die Oberhand gewinnen. Das kann gut und gerne noch ein Jahr dauern, bevor die ersten derartigen Werke in deutscher Übersetzung auch das hiesige Publikum erreichen und die Meinungsbildung beeinflussen.

Etwas schneller könnte es mit einem Angriff auf das deutsche Krankenversicherungs-System gehen. Obama wurde hierzulande zwar als Wohltäter für die nun endlich abgesicherten Amerikaner gefeiert, doch inzwischen ist hier und da auch schon zu lesen, dass das durchaus nicht alles so gut für die Amis war. Der Weg von der ersten vorsichtigen Kritik an Obamacare bis zu einer kostensparenden Reform der deutschen Pflichtversicherung ist nicht weit. Wenn abzusehen ist, dass die Kosten wegen des medizinischen Fortschritts weiter steigen, die Beitragseinnahmen aber wegen wachsender Arbeitslosigkeit zurückgehen, könnte Deutschland die ersten Schritte aus der Zwei-Klassen-Medizin in die Drei-Klassen-Medizin unternehmen.

- **Dritte Klasse:** Grundsicherung für Notfallmedizin, finanziert durch eine einkommensunabhängige Kopfpauschale, die bei Arbeitnehmern in gleicher Höhe durch einen Arbeitgeberbeitrag ergänzt wird,
- **Zweite Klasse:** freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung mit mehreren Wahlтарifen, ohne zusätzlich zu erhebenden Arbeitgeberbeitrag
- **Erste Klasse:** Private Krankenversicherung

Wer nach den USA als zweitwichtigster Einflussfaktor für Deutschland angesehen werden muss, ist schwer zu sagen. Ich habe mich nach langem Zögern für die Türkei entschieden, jedenfalls was die vor uns liegenden 12 Monate betrifft, weil deren unabwendbarer Einfluss für Deutschland besonders peinlich ist.

Der Einfluss der Türkei

Die Türkei liegt nach dem Putschversuch und den massiven Reaktionen Erdogans wirtschaftlich am Boden und hat inzwischen Deutschland um Hilfe ersucht.

Dabei ist die Umwandlung der Türkei zur Präsidialdiktatur weit fortgeschritten, die Opposition und die kritische Presse sind weitgehend ausgeschaltet und mundtot gemacht. Türkische Militärs und Diplomaten haben in Deutschland um Asyl gebeten, während die Türkei gleichzeitig deren Auslieferung begehrt.

Die türkischstämmige Gemeinde in Deutschland zählt rund drei Millionen Köpfe und wird in einem erheblichen Maße von der Türkei aus beeinflusst, bzw. überwacht. Die Abkehr der Türkei vom Laizismus und die Unterstützung des Islams als Quasi-Staatsreligion erschwert die Integration der türkischstämmigen Menschen in Deutschland. Muslimische Moscheevereine geraten unter Terrorismusverdacht, Imame betätigen sich mit Duldung der türkischen Regierung als Spitzel und/oder Hassprediger.

Die Türkei ist von daher gesehen also keineswegs ein Partner, den man mit offenen Armen empfangen müsste, wäre da nicht dieser „Flüchtlingsdeal“.

Weil Herr Erdogan das kann, was nach Auffassung eines Großteils der hiesigen Eliten vollkommen unmöglich war und ist, nämlich die Grenzen eines Landes zu sichern, ist er zum Türsteher für Deutschland avanciert und in der Lage, quasi nach Belieben Flüchtlingsströme auf die Balkanroute zu schicken, oder sie davon abzuhalten, europäischen Boden via Türkei zu erreichen.

Da die EU in Bezug auf die Migrationsproblematik nicht existent ist und jeder Staat seinen eigenen Regeln folgt, sind Migranten, die einmal in Griechenland angekommen sind, bald darauf in deutschen Erstaufnahme-Einrichtungen zu finden. Das haben wir erlebt – und wir leben in der Gewissheit, dass wir es wieder erleben würden, wenn Erdogan nicht irgendwie besänftigt werden kann.

Erdogan fordert Visafreiheit für Türken, die nach Europa einreisen wollen, er setzt darauf, dass die Türkei in die EU aufgenommen wird, und er weiß, dass er das alles nur erreichen kann, wenn der Flüchtlingsdruck, den er aufzuhalten zugesichert hat, nicht nachlässt.

Mit einem Ende der Kämpfe in Syrien und einer Welle freiwilliger Rückkehrer wäre sein Faustpfand entwertet. Da sich die Friedensgespräche in der Krisenregion zwar langsam, aber dennoch positiv bewegen, steht er zur Erreichung seiner Ziele unter einem gewissen Zeitdruck.

Anfang April wird er seine Anhänger in Deutschland besuchen. Schwerpunkt seiner Reden wird die Abstimmung über die Verfassungsänderung sein, mit welcher das Parlament entmachtet und der Präsident umfangreiche Vollmachten erhalten soll. Wahrscheinlich wird er auch wieder dazu aufrufen, sich nicht zu integrieren, sondern türkische Kultur und türkische Sitten, den Islam und die Scharia hochzuhalten.

Da sich in Europa die Stimmen mehren, die einen Beitritt der Türkei zur EU nach der jüngsten Entwicklung dort ebenso rundweg ablehnen, wie die Visafreiheit, gerät Deutschland in eine gefährliche Zwickmühle. Noch kann man über den österreichischen Außenminister und dessen Aussagen lächeln, doch wenn Frankreich an Le Pen fallen sollte, was nicht ausgeschlossen ist, dann weiß Erdogan, dass er in Bezug auf seine EU-Pläne verloren hat. Vielleicht ahnt er es heute schon, denn seine Bitte, Deutschland möge der Türkei aus wirtschaftlicher Not helfen, ist kaum mehr als eine höflich vorgetragene Erpressung, nach dem Motto: „Wenn schon alle Zusagen aufgekündigt werden, will ich wenigstens deutlich mehr Geld, und wenn die EU nicht mehr geben will als die drei Milliarden Euro, die bereits vereinbart sind, dann muss eben Deutschland als der Hauptnutznießer meiner Migrationspolitik einen deutlich höheren Preis auf den Tisch legen.“

Die spannende Frage lautet: Was wird Merkel noch vor den Bundestagswahlen zusagen müssen, um sich und ihre vierte Kanzlerschaft vor einer neuen Flüchtlingswelle abzusichern, die mit der Raute und einem „Wir schaffen das!“ nicht mehr schönzureden sein wird.

Mein Tipp: Waffenlieferungen in Milliardenhöhe, teils aus Bundeswehrbeständen, teils aus neuer Fertigung, Hermes-Bürgschaften in jeder Höhe für Exporte in die Türkei, Milliardenkredite aus Mitteln der KfW zur Belebung der türkischen Wirtschaft, und eine Einmalzahlung von mehreren Milliarden Euro

aus dem Bundeshaushalt zur Abgeltung der Kosten der in der Türkei festgehaltenen Migranten. Das wird einige Aufregung verursachen, doch die Deutschen werden es letztlich zähneknirschend hinnehmen, weil jedermann erkennen kann, dass dieses Handeln alternativlos ist. Mit zehn bis fünfzehn Milliarden für den Sultan am Bosphorus kommt Deutschland immer noch weitaus billiger weg als mit einer weiteren Million Migranten in den Sozialsystemen.

Dem folgt, es kann nicht anders sein, eine Belebung des Exports in Richtung Türkei, die allerdings - im Vergleich zu den Verlusten im USA-Geschäft - nicht mehr ist als ein Tropfen auf einen heißen Stein.

So lange das Andenken an die warmherzige Flüchtlingskanzlerin gewahrt werden muss – und das endet frühestens am Abend des 24. September 2017 - muss Deutschland liefern. Käme dann allerdings Rot-Rot-Grün an die Regierung, bliebe Erdogans Erpressungspotential so lange erhalten, bis entweder die Region befriedet, oder Deutschland so weit heruntergewirtschaftet ist, dass es kein attraktives Wanderungsziel mehr ist.

An dritter Stelle in der Rangreihe der Einflussfaktoren sehe ich die Ruinen der Europäischen Union. Weniger, weil von den EU-Mitgliedern auf Deutschland massiv Druck ausgeübt werden könnte, sondern weil der Anspruch Deutschlands auf die Führungsrolle in der Union nur mit Rat und Kommission aufrechterhalten werden kann.

Der Einfluss der EU

Kommissionspräsident Juncker, der zwei Jahre vor dem Ende seiner Amtszeit bereits angekündigt hat, nicht noch einmal zur Verfügung stehen zu wollen, hat nun den Gedanken einer vollkommenen Neustrukturierung der Gemeinschaft aufgegriffen und will unterschiedliche Grade der Einbindung in die Union zulassen – bzw. schaffen.

Nachdem dieser Geist nun aus der größtmöglichen Flasche entwichen ist, die die EU aufzubieten hat, ist er nicht mehr wieder einzufangen. Das bedeutet aber, dass in Bezug auf die so genannte „europäische Einigung“ für mehrere Jahre überhaupt nichts mehr geht.

Der Media-Markt-Slogan: „Ich bin doch nicht blöd“, hängt über den Kabinettstischen aller Mitgliedsstaaten und zwingt zum Nachdenken darüber, in welcher Art von Mitgliedschaft man bei geringstem Einsatz die meisten Vorteile mitnehmen könnte. Und weil die Arten der Mitgliedschaften erst noch im großen Kreis und in vielen, vielen bilateralen Gesprächen entwickelt werden müssen, und man, bevor man weiß, in welcher Liga man künftig spielen wird, heute doch keine Zugeständnisse mehr machen wird, lähmt sich die EU mit diesem Vorstoß Junckers auf Jahre hinaus selbst. Juncker wird die neue EU als Kommissionspräsident jedenfalls nicht mehr aus der Taufe heben.

Es ist sogar sehr unsicher, ob es überhaupt je zu einer solchen Einigung kommen wird. Sehr viel wahrscheinlicher ist es, dass es zu Versuchen kommt, einseitig Vereinbarungen aufzukündigen, mit dem Hinweis darauf, dass es doch unsinnig sei, das Sinnvolle nicht zu tun, wenn es doch sowieso bald kommen wird.

Im Klartext: Ein EU-Staat nach dem anderen wird sich die für wünschenswert gehaltenen nationalen Souveränitätsbestandteile einfach wieder zueignen und die Kompetenz der EU für diese Arbeitsfelder schlicht bestreiten. Zudem wird von vielen die Rückkehr zu ihren alten nationalen Währungen in Erwägung gezogen und ggfs. werden diese, neben dem Euro, als Zweitwährungen wieder in Umlauf gebracht. In den Brüsseler Amtsstuben wird ein ungeheuerliches Chaos ausbrechen und zur weitgehenden Arbeitsunfähigkeit der Kommission führen.

Diese Entwicklung, die mit dem BREXIT als Donnerschlag begonnen hat, wird mit den Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland noch einmal beschleunigt werden.

Die biederen Deutschen werden dem Treiben fassungslos gegenüberstehen und damit fortfahren, an das Zusammengehörigkeitsgefühl zu appellieren, und der weniger biedere Schäuble wird mit allen Mitteln versuchen, die bei Griechenland erfolgreich eingesetzten Daumenschrauben jetzt überall zur Anwendung zu bringen, außer vielleicht in Luxemburg und Deutschland.

Was wer im Einzelnen tun wird, ist nicht abzusehen, doch insgesamt wird sich spätestens nach dem 7. Mai, wenn in Frankreich die Stimmen ausgezählt worden sind, weltweit an den Finanzmärkten die Überzeugung durchsetzen, dass EU und Euro auseinanderfallen werden. Dies wird zur Folge haben, dass der Euro zum Ziel einer wilden Währungsspekulation wird – und zwar der

„deutsche Euro“. Wer nur immer kann, wird in deutsche Anleihen und deutsche Aktien investieren, und sich als Einleger bei deutschen Banken melden. Denn wenn die Währungsunion platzt, und sei es auch nur teilweise, wird der verbleibende deutsche Rest massiv aufwerten.

Diese Aufwertung wird durch die Märkte vorweggenommen, was die Südländer, für welche der Euro sowieso schon überbewertet ist, noch enger an die Wand unzureichender Wettbewerbsfähigkeit drücken und den Auflösungsprozess beschleunigen, ja erzwingen wird.

Richten wir uns also darauf ein, dass der Euro gegenüber dem Dollar nach den Sommerferien kräftig an Fahrt aufnehmen wird. Deutsche können wieder billiger in Urlaub fahren, soweit ihr Job nicht schon von den Währungsturbulenzen ausradiert wurde.

Es kommen also keinerlei Impulse mehr aus Brüssel, nur noch die Streitereien der buckligen Verwandtschaft um die Verteilung des Erbes – und dazu ein letztes, spekulatives Aufbäumen des Euros.

Schlecht für Deutschland.

Von hier an wird es mit den externen Einflussgrößen schwieriger. Im Grunde sind nur noch zwei große Player zu berücksichtigen. Zu beiden ist Deutschland mehr oder minder stark auf Distanz gegangen, doch ich vergebte die Nummer vier an Russland, weil hier einfach die geografische und kulturelle Nähe mehr zählt als die überbordende Wirtschaftskraft Chinas.

Der Einfluss Russlands

Russland verhält sich Deutschland gegenüber ruhig, stellt keine Forderungen, kommt nicht mit Erpressungen daher, sondern wartet einfach auf die günstige Gelegenheit, die ihm gerade in diesen nächsten 12 Monaten in den Schoß fallen könnte.

Wären da nicht jene dichtgewobenen Netzwerke der Transatlantiker, die bis zum Jüngsten Tag darauf warten werden, dass Trump gestürzt und ihre Welt wieder heil wird. Noch lange, nachdem sich die USA vom Trump-Schock erholt haben, stehen die deutschen Netzwerker in Treue fest zu Hillary Clinton & Co.,

vor allem zu „& Co.“ und verhalten sich so, wie es ihnen zuletzt aus dem Hauptquartier befohlen wurde. Damit gleichen sie aufs Haar jenen japanischen Soldaten, die noch Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf gottverlassenen Inseln darauf warteten, endlich den anrückenden Feind unter heroischen Verluste für ein paar Tage aufhalten zu können.

Russland wäre ein riesiger Markt und ein unerschöpflicher Quell von Rohstoffen. Der ideale Partner für ein starkes und selbstbewusstes Deutschland, doch wird sich in den nächsten 12 Monaten keine deutsche Regierung finden, die den Mut hätte, diese Chance zu ergreifen.

Damit bleibt der Einfluss Russlands auf das beschränkt, was in und um Syrien herum geschieht. Erfolgreiche Friedensaktivitäten unter russischer Führung, die dazu führen, dass der Syrische Krieg endet, könnten die Rolle der Türkei für Deutschland weniger bedrückend gestalten.

Das würde jedoch bedeuten, dass Russland auch den Krieg der Türkei gegen die Kurden beenden müsste. Da Putin aber immer noch beabsichtigt, die Türkei auf seine Seite zu ziehen, kann er die Interessen Erdogans in der Kurdenfrage nicht gänzlich ignorieren.

Damit hat Putin, als der Puppenspieler hinter Erdogan, den Abzug der Migrationswaffe gegen Deutschland in der Hand, ohne, dass ihn je jemand mit dem rauchenden Colt ertappen könnte.

Doch das Signal: Hört auf mit den Sanktionen, zieht die Truppen von unseren Grenzen ab, lasst uns stattdessen friedlich Handel treiben, dann stoppe ich Erdogan und den IS in Syrien, und ihr braucht euch um eine neue Migrantenvelle nicht mehr zu sorgen, wird gesendet. Es will nur noch niemand hören.

Nach meiner heutigen Einschätzung ändert sich am deutsch-russischen Verhältnis in den nächsten 12 Monaten nichts wesentlich.

Bleibt Nummer 5, China.

Der Einfluss Chinas

China wird von Trumps Plänen zur Rückgewinnung der industriellen Basis mindestens ebenso hart getroffen wie Deutschland. In der Folge begegnen sich beide als noch härtere Konkurrenten auf den übrigen Märkten dieser Welt.

Doch auch Deutschland ist bereits in vielen Branchen von chinesischen Exporten abhängig. Während Trump Schritt für Schritt zeigen wird, wie man sich aus solchen Abhängigkeiten lösen kann, hat Deutschland keinen Plan.

Es ist damit zu rechnen, dass Deutschland – mit oder ohne EU – versuchen wird, Trump zu imitieren und Zollschranken gegen China zu errichten. Der Effekt wird in Versorgungsengpässen und einer überdurchschnittlichen Teuerung auftreten, was den aufgrund wachsender Arbeitslosigkeit zusammenbrechenden Binnenmarkt überfordern wird. Da heißt es dann für den deutschen Michel noch einmal, den Gürtel enger zu schnallen.

Der Kampf auf den Exportmärkten gegen China ist von Deutschland ebenso wenig zu gewinnen, wie Griechenland im EU- und Euro-Verbund gegen Deutschland einen Fuß auf den Boden bringen kann.

Dennoch werden wir einen Abnutzungskrieg, eine nicht enden wollende Materialschlacht erleben, die sich in 12 Monaten gerade erst richtig aufgebaut haben wird.

Es gibt noch einen weiteren Einflussfaktor, der gesondert erwähnt werden muss, nämlich die EZB mit ihrer Geldpolitik.

Der Einfluss der EZB

Die EZB hat zugesichert, das Anleihen-Kaufprogramm bis Ende 2017 fortzuführen. Wenn auch die Zusicherung einer Notenbank nicht sehr viel wert ist, bedürfte es jedoch eines äußeren Anlasses, um einen grundlegenden Richtungswechsel herbeizuführen. Die zaghaften Zinsschritte der Fed in den USA haben diesen Richtungswechsel bisher nicht auslösen können.

Der unter „Der Einfluss der EU“ bereits angesprochene Aufwertungsdruck auf den Euro, der aus der Kapitalflucht in die von den Märkten erwartete neue deutsche Währung entsteht, könnte die EZB jedoch veranlassen, einen Versuch der Gegensteuerung zu unternehmen. Dies ist ausgesprochen schwierig,

nachdem der Markt bereits mit jeder Menge Euros geflutet ist. Es bedarf neuer Kreativität – und die könnte darin gefunden werden, an den Devisenmärkten zu intervenieren und Fremdwährungen in großem Stil und zu jedem Preis aufzukaufen und damit die Kursverhältnisse im gewünschten Sinn zu manipulieren. Unterstützend müssen allerdings die Zinsen in der Euro-Zone wieder angehoben werden, was nur auf den ersten Blick kontraproduktiv aussieht. Anlagen in Euro durch steigende Zinsen attraktiv zu machen und die benötigten Euros dafür preiswert zur Verfügung zu stellen, wird Devisen ansaugen und die Fremdwährungskurse steigen lassen, während der Außenwert des Euros stagnieren oder, wie gewünscht, in den Sinkflug übergehen wird.

Ich gehe davon aus, dass entsprechende Aktivitäten dieser neuen Phase des Währungskrieges im Spätherbst 2017 beginnen werden.

Insgesamt sieht es also nicht gut aus, für Deutschland.

Alle bisher aufgestellten Prognosen gehen jedoch von der wahrscheinlichsten Variante aus, dass in Deutschland auch nach dem 24. September 2017 eine große Koalition unter der Führung der Union regieren wird.

Es stellt sich natürlich die Frage, ob eine SPD-geführte Regierung unter Umständen bessere Entscheidungen treffen könnte. Womit wäre dann zu rechnen?

Der kleinste gemeinsame Nenner auf den sich Rot-Rot-Grün einigen kann, ist die Verstärkung des Kampfes gegen rechts, die Fortsetzung der Energiewende und die weitere Auflösung der Republik in der EU.

Da sich die EU gleichzeitig auflöst, Trump die Energiewende beendet und alle deutschen Bemühungen zur CO₂-Reduktion schon damit als sinnlos zu erkennen sind, bleibt im Koalitionsvertrag nichts übrig, als der Versuch, auch noch den Rest nationaler Interessen feierlich zu beerdigen.

Die wirtschaftlichen Verwerfungen werden als gottgegeben und als aus eigener Kraft nicht zu beherrschen angesehen. Der Versuch, Nachbesserungen an der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen durchzusetzen, scheitert an der Finanzierbarkeit. Es wird, im Gegenteil, auch hier (noch) härtere Einschnitte ins soziale Netz geben als vor 15 Jahren.

Nach einem Jahr Regierung Schulz landet die SPD in den Umfragewerten wieder bei 20 Prozent. Die Wirtschaft sabotiert die Regierungsarbeit, um den Wechsel zu beschleunigen. Der Bund verschuldet sich neu, um antizyklische Konjunkturpolitik zu betreiben, doch die von der EZB zur Währungsmanipulation eingesetzten, steigenden Zinsen fressen schnell jeden neu gewonnenen Spielraum wieder auf, denn jeder Prozentpunkt kostet den Finanzminister rund 20 Milliarden pro Jahr.

Wie verändern sich die Ränder?

Vermutlich wird die AfD noch vor der Wahl die im Strohfeuer um Martin Schulz verlorenen Zustimmungswerte wieder aufholen. Die auch bis dahin nur mühsam unter dem Teppich gehaltene Migrationsproblematik wird - bei sich erkennbar verschlechterndem Wirtschaftsklima - immer mehr Menschen daran erinnern, dass ihnen das Hemd näher ist als die Hose. Wenn nationalistische Parteien in Frankreich und den Niederlanden die Regierungsmehrheit in greifbarer Nähe haben, wird man sich auch in Deutschland öfter die Frage stellen, ob der lange Zeit gepredigte Verzicht auf die Durchsetzung nationaler Interessen wirklich der alleinige Weg zur Glückseligkeit sei. Weder die Union, trotz der (nie wahr gemachten) Drohgebärden Seehofers gegenüber Merkel, noch die SPD werden sich glaubhaft als Vertreter deutscher Interessen in Szene setzen können. Die politische Debatte verlagert sich auf die alte Auseinandersetzung zwischen ganz links und ganz rechts. Alles was dazwischen liegt, wird als kraftloses Harmoniestreben entscheidungschwacher Figuren angesehen.

Der wirkliche Ruck, hin zu den Rändern, wird aber erst in den Jahren nach der Regierungsneubildung stattfinden, wenn sich die Enttäuschung über ein uninspiriertes „Weiter so!“ oder über die hilflosen Entschuldigungen für nicht einlösbare Wahlversprechen breit macht.

Ein Höhenflug der LINKEn ist ebenfalls zu erwarten, wird jedoch schwächer ausfallen. Die LINKEn sind schon zu lange politisch präsent und die Grenzen der Machbarkeit dessen, was ihnen vorschwebt, sind zu enttäuschend ausgetestet, als dass sie für den klassischen Wechsel- und Denkwähler noch interessant wären. Der Zustrom kommt eher noch einmal aus den Reihen der SPD, wo man hofft, in der LINKEn die alte sozialdemokratische Heimat wieder aufleben lassen zu können. Kein Wunder: Die Werteordnung einer Sarah Wagenknecht unterscheidet sich kaum von der eines Helmut Schmidt.

Pragmatismus vor Ideologie, Kalkül vor Emotionen, Bestandssicherung vor riskanten Experimenten – und unter allem ein glaubhafter Wille, die sozialen Verhältnisse zu verbessern.

Zunehmende gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen neofaschistischen Skinheads und dem schwarzen Block der Antifa werden allerdings dazu beitragen, dass sich der Zulauf zu beiden politischen Randzonen in Grenzen hält. Da wir heute – Demografie! – unter den Wählern einen weitaus größeren Anteil älterer Menschen haben als 1933, wird deren Lebensweisheit, auch wenn sie vielleicht nur ein Ruhe- und Sicherheitsbedürfnis widerspiegelt, die absolute Mehrheit von Rechten oder Linken vorläufig noch verhindern. Die Möglichkeit einer Mitte-Rechts-Koalition wird sich in 12 Monaten jedoch ebenso abzeichnen, wie die schon seit längerem mögliche Mitte-Links-Koalition.

Verhaltensempfehlungen?

Sehr schwierig.

Ganz pauschal gilt: Bleiben Sie wachsam, denken Sie nüchtern, glauben Sie keinen Versprechungen, und halten Sie die Groschen zusammen.

Sind Sie ein politischer Mensch, dann prüfen Sie ernsthaft, ob die Partei, der Sie zuneigen, auch wirklich das tut (oder durchsetzen könnte) wofür Sie sie wählen würden, und überlegen Sie sich, von welcher Seite Druck kommen müsste, damit sich etwas zum Besseren wenden kann. Der Wahlkampf 2017 wird ein Wahlkampf zwischen ganz rechts und ganz links. Die Seite, die dabei besser abschneidet, wird das zukünftige Verhalten der Parteien in der Mitte massiv beeinflussen. Eine Neuauflage der GroKo ist m. E. 2017 nicht zu verhindern, was es leichter macht, sich ggfs. für den „Denkzettel“ zu entscheiden.

Vielleicht noch ein Rat für die Gesundheit:

Suchen Sie, wann immer Sie können, Ruhe, frische Luft und raue, aber herzliche Gesellschaft auf dem Land. Meiden Sie die Innenstädte. Es knistert.